



**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

**BÜRO WASHINGTON**

Washington DC Office  
1023 15<sup>th</sup> St. NW  
Washington, DC 20005

Tel. +1-202-408-5444  
Fax. +1-202-408-5537  
fesdc@fesdc.org  
[www.fesdc.org](http://www.fesdc.org)

## **JAHRESBERICHT 2006**

Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung  
in Washington, DC

Washington, den 15. Januar 2007

Berichterstatterin:  
Dr. Almut Wieland-Karimi

## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
<b>Das Wichtigste auf einen Blick</b>	2
<b>I Die politische und wirtschaftliche Entwicklung</b>	3
Truppen aufstocken oder abziehen? Dauerbrenner Irak	3
Eine lange Liste: Nordkorea, Iran, Afghanistan, Sudan, Israel-Palästina ...	4
Schreckgespenst allerorten: Krieg gegen den Terror	5
Migration im Land der Einwanderer	6
Skandale werfen dunkle Schatten	7
Zwischenwahlen im November: Erdrutschsieg der Demokraten	8
Der neue Kongress: Eine politische Kehrtwende?	9
Wer wird PräsidentschaftskandidatIn 2008?	10
Merkel und Bush: Eine deutsch-amerikanische Zweckbeziehung	10
Soziale Ungleichheit nimmt zu: Reichere Reiche und ärmere Arme	11
Asiatische Autohersteller erhalten Vorfahrt vor den Amerikanern	12
Gewerkschaften in der Krise	12
Die wirtschaftliche Gesamtwetterlage	13
Und was sonst noch geschah	14

---

## DAS WICHTIGSTE AUF EINEN BLICK

- Der US-Einsatz im Irak war im Jahr 2006 das meist diskutierte Thema. Die hohen Verluste bei den US-Truppen und der irakischen Zivilbevölkerung sowie Berichte über Kriegsverbrechen waren der entscheidende Faktor für Bushs sinkendes Ansehen. Der Bericht der *Iraq Study Group* forderte eine neue diplomatische Initiative in der Region und einen Stufen weisen Abzug. Der Präsident hingegen ordnete eine Truppenaufstockung an.
- Verhandlungen mit Nordkorea und Iran über eine Einstellung ihrer Atomprogramme scheiterten. Die Liste der außenpolitischen Brennpunkte und ungelösten Krisen war unter anderem mit Afghanistan, dem Nahen Osten und Somalia bedrückend lang.
- Gemäß der nationalen Sicherheitsdoktrin 2006 befinden sich die USA im Krieg gegen den Terror und Sicherheitsmaßnahmen schränkten die Bürgerrechte ein. Die Verabschiedung des *Military Commissions Act*, das Eingeständnis der Existenz von CIA Geheimgefängnissen in Europa und die Verlängerung des *Patriot Act* unterstrichen dies.
- Während die Demokraten eine Einwanderungsreform zur Legalisierung der etwa 12 Millionen illegalen Migranten vorschlugen, nutzten die Republikaner kurz vor den Zwischenwahlen ihre Mehrheit, um ein restriktives Einwanderungsgesetz zu verabschieden.
- Die USA wurden durch einen Lobbykandal erschüttert. Der republikanische Spitzenlobbyist Jack Abramoff bekannte sich der Korruption, Steuerhinterziehung und des Betruges für schuldig. Mit ihm wurden 20 Kongressmitglieder beider Parteien in den Skandal verwickelt. Als Folge soll eine striktere Regulierung des Lobbyismus vorgenommen werden.
- Bei den Zwischenwahlen gelang es den Demokraten, die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses zu gewinnen. Die neue Sprecherin des Hauses ist Nancy Pelosi, die erste Frau in einem so hohen politischen Amt in den USA.
- Die soziale Ungleichheit in den USA hat zugenommen. Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder sinkt und die Gewerkschaften durchlaufen eine Phase der Neustrukturierung und -orientierung.
- Der wirtschaftliche Aufschwung, der Ende 2001 begann, klingt langsam ab, was sich in sinkendem Wirtschaftswachstum sowie steigenden Außenhandels- und Haushaltsdefiziten zeigt.

## I DIE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

### Truppen aufstocken oder abziehen? Dauerbrenner Irak

Kein anderes Thema wurde so intensiv diskutiert wie der US-Einsatz im Irak. Die inzwischen wieder sehr viel kritischeren Medien, die nach dem Schock des 11.9. zunächst verstummt waren, brachten täglich Horrormeldungen zu inzwischen mehr als 3000 gefallenen US-Soldatinnen und Soldaten, nach Schätzungen der *Johns Hopkins University* einer halben Million getöteter Iraker (was etwa 2,5 Prozent der Bevölkerung entspräche) sowie von Amerikanern verübten Kriegsverbrechen in Abu Ghraib und Haditha. Große Zweifel herrschten, ob die irakische Regierung nach dem zwischenzeitlichen Optimismus über die Wahlen die Sicherheit und den Aufbau demokratischer Institutionen in den Griff bekommen würde. Dass Irak sich in einem Chaos befindet und vor allem in Baghdad ein Bürgerkrieg tobt, wurde nicht einmal mehr von den neokonservativen Vordenkern des Einmarsches bestritten. Die Strategie mit der *Koalition der Willigen* und einer militärischen Invasion Freiheit und Demokratie in die arabische Welt zu bringen, ist nicht nur gescheitert, sondern hat auch den Anti-Amerikanismus, eigentlich ein Ablehnen der Außenpolitik unter Bush, massiv zunehmen lassen. Der Kreis der Unterstützer für den Kurs des Präsidenten wurde deutlich kleiner und das Vertrauen der Bevölkerung in seine Fähigkeit, den Irak-Konflikt zu meistern, sank beträchtlich. Laut einer *CBS-News* Umfrage vom Januar 2007 sind nur 23 Prozent der Amerikaner damit zufrieden, wie ihr Präsident mit der Irak-Frage umgeht, fast drei Viertel lehnen Bushs Irak-Politik ab.

Der Kongress berief, konfrontiert mit diesem Dilemma, eine Parteien übergreifende Kommission unter Leitung des ehemaligen Republikanischen Außenministers Baker und des ehemaligen Demokratischen Abgeordneten Hamilton ein, um eine neue Strategie für den Irak zu erarbeiten. Diese *Iraq Study Group* plädierte im Dezember nach umfangreichen Konsultationsprozessen für eine grundsätzlich neue diplomatische Initiative, einen US Dialog mit Iran und Syrien, einen Stufen weisen Abzug und eine Verlagerung des Schwerpunkts von Kampfeinsätzen zu mehr Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte. Sie empfahl auch ein größeres Engagement von US Alliierten, unter anderem Deutschlands, was der deutsche Außenminister Steinmeier durch sein diplomatisches Engagement in der Region bereits teilweise umsetzte. Der irakische Präsident Talabani lehnte die 78 Empfehlungen der *Iraq Study Group* als gefährlich für die irakische Souveränität und Verfassung ab und brachte damit seine Frustration zum Ausdruck, dass die irakische Seite nicht in die Konsultationen einbezogen worden war.

Bush jedoch forderte weitere Studien vom Verteidigungs- und vom Außenministerium als auch vom Nationalen Sicherheitsrat an. Es wird erwartet, dass er den Empfehlungen nicht folgt, sondern stattdessen eine Aufstockung der Truppen anordnen wird. Dagegen könnte sich die neue Demokratische Mehrheit im Kongress stellen, die ihren Widerstand schon angekündigt hat. Parallel dazu hat der Präsident seine Führungsriege im Irak ausgetauscht, nachdem bereits Verteidigungsminister Rumsfeld einen Tag nach den Zwischenwahlen seinen Hut nehmen musste. Auch der Chef des CIA und der Geheimdienstkoordinator wurden ausgewechselt.

### **Eine lange Liste: Nordkorea, Iran, Afghanistan, Sudan, Israel-Palästina ...**

Auch angesichts vieler weiterer Konflikte und Krisen weltweit herrschte vor allem Ratlosigkeit. Die Sechser Gespräche zu Nordkorea scheiterten nach Pjönjangs Nukleartests und einem weiteren Anlauf erneut. Irans Präsident Ahmadinejat war der mediale Gewinner der Auseinandersetzung um den Ausbau des iranischen Nuklearprogramms, das er weiterhin fortführt. Die Bedrohungsrhetorik auf beiden Seiten gipfelte in Ausdrücken wie *Islamofaschismus* von Bush und der provokativen „Holocaust Konferenz“ in Teheran. Ahmadinejat gewann dabei mächtige – und auch an Öl reiche – Verbündete, wie beispielsweise den venezolanischen Präsidenten Chavez.

In Afghanistan verschlechterte sich die Sicherheitslage zusehends und es könnte sich wiederum in einen gescheiterten Staat verwandeln, wenn nicht vor allem mit amerikanischer Unterstützung der vor fünf Jahren begonnene Friedensprozess umgesetzt wird, was eines nachhaltigen und großen Engagements bedarf. Die Ankündigung des Abzugs amerikanischer Truppen und die Übernahme durch die NATO rief bei den Afghanen große Sorge hervor, wiederum im Stich gelassen zu werden. Afghanistan ist nun zum Testfall für die NATO geworden, deren Mitgliedsstaaten jedoch nicht genügend bzw. nicht landesweit Truppen zur Verfügung stellen. Jedoch müssten zunächst auch zu Afghanistan die Strategie überdacht, die militärischen Ziele neu definiert und ein transatlantischer Dialog über ein gemeinsames Vorgehen hergestellt werden.

Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Hizbollah und Israel im Sommer haben den Nahen Osten weiter destabilisiert. Die libanesische Regierung saß danach unsicherer denn je im Sattel. Nachdem Anfang des Jahres die Hamas die palästinensischen Parlamentswahlen gewonnen hatte, sie jedoch weiterhin nicht das Existenzrecht Israels anerkennen wollte, wurden die Hilfslieferungen weitgehend eingestellt. Palästina wurde nun gleichzeitig von einer humanitären Katastrophe und bewaffneten Kämpfen zwischen Hamas und Fatah erschüttert. Ein Frieden im Nahen Osten scheint in weite Ferne gerückt. Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und dem G8-Vorsitz könnte das Nahostquartett neu belebt werden – wie von Bundeskanzlerin Merkel bei ihrem ersten Besuch in ihrer neuen Multifunktion Anfang Januar 2007 in Washington angekündigt.

Im April fanden Demonstrationen auf der *National Mall* mit hunderttausenden Teilnehmern gegen den Genozid in Darfur statt: Bis jetzt starben über 400.000 Menschen und weitere 2,5 Millionen sind auf der Flucht. Obwohl Präsident Bush und der frühere UN Generalsekretär Annan sich dezidiert für dessen Beendigung mit Hilfe der Entsendung von mehr Friedenstruppen aussprachen, passierte wenig. Ende des Jahres brach dann wiederum ein Krieg in Somalia aus, der bereits in den 90er Jahren die USA zum traumatischen Scheitern geführt hatte. Den USA als einzig verbliebener Weltmacht wurde in Anbetracht der langen Liste überaus deutlich, dass sie unilateral wenig ausrichten können.

## Schreckgespenst allerorten: Krieg gegen den Terror

Die nationale Sicherheitsstrategie 2006 bestätigte die *Freedom Agenda* oder *Bush-Doktrin*, welche den Kampf gegen den Terrorismus untrennbar mit der Verbreitung von Freiheit weltweit zu verbinden sucht. Nach Bushs Lesart befinden sich die USA im Krieg und die wichtigste Herausforderung bestehe darin, die Amerikaner zu schützen. Angesichts der negativen Entwicklungen in Irak, Afghanistan und anderswo rief dieser Ansatz zum einen *backlash*, also eine Gegenreaktion gegen die Demokratieförderung in vielen Ländern des Südens hervor. Zum anderen bewirkte er eine Einschränkung der Bürgerrechte der Amerikaner im eigenen Land, indem der *Patriot Act*, der vom Kongress fast ohne Gegenstimmen verlängert wurde, erlaubt, Telefongespräche abzuhören, Datenströme zu überwachen etc. Ob Sicherheit über der Freiheit stehen soll, darüber gibt es differierende Ansichten in den politischen Lagern: Laut *Transatlantic Trends* stehen zum Beispiel der Überwachung von Telefongesprächen 61 Prozent der Republikaner, aber nur 21 Prozent der Demokraten positiv gegenüber.

Bush bestätigte erstmals die Existenz geheimer Gefängnisse der CIA im Ausland, vor allem in Osteuropa. In Europa rief dies große Empörung hervor. Die dort Festgehaltenen, unter ihnen 14 Mitglieder der Führungsriege von *Al-Qaida*, wurden angeblich nach Guantanamo verlegt. Dort würden die Gefangenen nach dem neuen Feldhandbuch der US-Armee behandelt und vor Gericht gestellt. Immer wieder jedoch hatten Militärangehörige und Geheimdienstmitarbeiter berichtet, dass Gefangene gefoltert würden, was den USA schwere Vorwürfe wegen Missachtung der Menschenrechte einbrachte. Auch der aus Bremen stammende Türke Murat Kurnaz musste viereinhalb Jahre in Guantanamo verbringen und wurde schließlich auf massiven deutschen Druck hin frei gelassen. Die Bundesregierung mahnte mehrmals die Schließung von Guantanamo an.

Im Sommer musste der US-Präsident noch eine Schlappe im Anti-Terror-Krieg einstecken. Die Einrichtung von Militärtribunalen im Gefangenenlager Guantanamo sei illegal, denn sie verstießen gegen die Genfer Konvention und gegen das US-Militärgesetz, urteilte der Oberste Gerichtshof. Die Klage hatte der jemenitische Guantanamo-Häftling Hamdan eingereicht. Dennoch wollte der Präsident an der Aburteilung von Guantanamo-Häftlingen vor Militärtribunalen festhalten. Nichtsdestotrotz kann das Urteil als Sieg der Rechtsstaatlichkeit gewertet werden, indem die *checks and balances*, welche die Gründerväter der amerikanischen Verfassung festgelegt hatten, wieder in ein gesünderes Gleichgewicht gebracht wurden.

Der im Oktober von Präsident Bush unterzeichnete *Military Commissions Act* war wiederum ein weiterer Schritt in Richtung Sicherheit auf Kosten von Freiheit und Menschenrechten. Das Gesetz regelt den Umgang mit „ungesetzlichen Kombattanten“, die von nun an von Militärkommissionen verurteilt werden können. Diese Kommissionen sind nicht an die Verfahrensregeln von regulären Gerichten gebunden und den Angeklagten steht nur ein beschränktes Recht auf einen Anwalt zu. Weiterhin ist es „ungesetzlichen Kombattanten“ verboten, sich auf die Genfer Konvention zu berufen.

## **Migration im Land der Einwanderer**

Angesichts 12 Millionen illegaler Einwanderer, von denen 56 Prozent aus Mexiko stammen, ist das Thema Einwanderung Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen geworden. Zwar drängte die Wirtschaft auch weiterhin wegen der billigen Arbeitskräfte auf mehr Einwanderung, aber vor allem im Mittleren Westen und Südosten der USA wurde politischer Druck zwecks deren Begrenzung ausgeübt. Dabei trifft die Debatte der Einwanderungsreform die Vereinigten Staaten in das Mark ihrer Identität als Nation, denn die USA verstehen sich seit ihrer Gründung als Nation von Immigranten.

In der Einwanderungsdebatte gab es zwei Lager: Das erste unterstützte eine umfassende Einwanderungsreform und setzte sich dafür ein, eine befristete Legalisierung der illegalen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten zu schaffen sowie die Anzahl der temporären und permanenten Visa für gering qualifizierte Arbeiter zu erhöhen. Das zweite Lager forderte vor allem die Verstärkung des Grenzschutzes. Es argumentierte, dass die Legalisierung auch jene belohnen würde, die das Gesetz gebrochen hätten und glaubte nicht, dass die Vereinigten Staaten mehr zugewanderte Arbeiter bräuchten. Während die Demokraten weitgehend dem ersten Lager zugehörten, war die Republikanische Partei aus ideologischen und wahlstrategischen Gründen gespalten. Über die Notwendigkeit der Verbesserung der Grenzsicherung hingegen waren sich grundsätzlich alle einig.

Die überwältigende Mehrheit illegaler Einwanderer kommt in die Vereinigten Staaten, um einer Beschäftigung nachzugehen – 94 Prozent der illegalen männlichen Immigranten haben Arbeit, was auf ihre gute wirtschaftliche Einbindung hinweist. Inzwischen konnten sie sich auch gut organisieren und ihre Interessen in Form von Massenprotesten mit dem Ziel ihrer Legalisierung zum Ausdruck bringen. Dennoch fürchten große Teile der Bevölkerung die Durchlässigkeit der Grenze, da Terroristen und transnationale Kriminelle genauso leichtes Spiel haben könnten, wie die vielen anderen Einwanderer.

Die Republikaner stimmten mit ihren Mehrheiten im Kongress kurz vor den Zwischenwahlen 2006 für ein rein restriktives Einwanderungsgesetz. Der Bau eines 1125 Kilometer langen Zaunes, die beschleunigte Abschiebung von illegalen Arbeitern und die striktere Ahndung von Verstößen gegen die Immigrationsgesetze wurden beschlossen. Vorschläge für ein umfassenderes Einwanderungsgesetz fanden politisch keine Mehrheit, obwohl sich auch Präsident Bush dafür ausgesprochen hatte. Die Ursachen illegaler Einwanderung, vor allem die wirtschaftlichen Missstände in den Ursprungsländern, die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften und die Konkurrenz durch amerikanische, zum Teil subventionierte Agrarprodukte in Mexiko rückten jedoch nicht in den Vordergrund der Diskussion. Vielmehr verfolgten die Republikaner die Strategie der harten Hand, um die konservative Wählerschaft zu mobilisieren, die jedoch – mit Blick auf die Wahlergebnisse 2006 – offensichtlich nicht aufging.

## Skandale werfen dunkle Schatten

Der republikanische Spitzenlobbyist Jack Abramoff machte Anfang des Jahres dicke negative Schlagzeilen: Er bekannte sich der Korruption, Steuerhinterziehung und des Betrugs schuldig. Der Untersuchungsausschuss des Senats war ihm und seinen Geschäftspartnern auf die Schliche gekommen, unter anderem etwa 80 Millionen US\$ von Indianerstämmen angenommen zu haben, um dafür zu sorgen, dass die Glücksspiellizenzen in den Reservaten unangetastet blieben. Von der K Straße in der US-amerikanischen Hauptstadt, dem Sitz von Abramoff und vielen der nach Angaben der *Washington Post* fast 35.000 Lobbyisten, bis zum Kongress ist es nicht weit. Die politische Einflussnahme ist ein Milliardengeschäft und die Branche überdurchschnittlich gut bezahlt, was erklärt, warum sich über 40 Prozent ehemaliger Abgeordneter und Senatoren von Lobbyfirmen anheuern lassen oder selbst eine solche gründen. Auf jeden der etwa 7400 Abgeordneten in den 50 Bundesstaaten kommen nach Angaben des *Center for Public Integrity* zudem jeweils durchschnittlich fünf Lobbyisten, die versuchen, für Firmen und Interessenverbände die Entscheidungen der Parlamentarier zu beeinflussen.

Als Reaktion auf den Skandal, in den auch über 20 Kongressmitglieder beider Couleurs, vor allem aber auf republikanischer Seite, verwickelt sind, ging Abramoff ins Gefängnis, musste der republikanische Fraktionsführer DeLay aus Texas – wie weitere Abgeordnete – zurücktreten und wurde Korruption zu einem zentralen Thema der Zwischenwahlen. Bemühungen um eine striktere Regulierung des Lobbyismus stehen nun auf der Prioritätenliste: Etwa ein Dutzend der Bundesstaaten verabschiedeten schon entsprechende Gesetze, während im neuen 110. Kongress die Demokraten eine Ethikreform als ersten Tagesordnungspunkt in Angriff genommen haben. Die Flut der *earmarks* (Fördermittel aus Steuergeld, die für spezifische Projekte vorgesehen werden) soll eingeschränkt und transparent gemacht werden. Der Schock über das Ausmaß von Korruption sitzt tief bei den Bürgern, und es wird wohl eines politischen Kulturwandels in Washington bedürfen, um den Einfluss von Lobbyisten auf Politiker einzuschränken.

Auch die durch den Wirbelsturm *Katrina* im August 2005 hervorgerufene humanitäre Katastrophe an der Golfküste hat die Bush-Administration schwer beschädigt. Viele Amerikaner waren ob ihrer eigenen Verwundbarkeit, die sie zum ersten Mal am 11.9.2001 erlebt hatten, geschockt. Von den mehr als 1800 Toten und über eine Million Obdachlosen waren die große Mehrheit Bürger schwarzer Hautfarbe, alt und arm, was der Administration den Vorwurf der Rassen- und Klassentrennung als *Katrinagate* einbrachte. Die Presse berichtete von einem Dritte-Welt-Land in Louisiana, Mississippi und Alabama. Von den versprochenen 110 Milliarden US-\$ wurden bis jetzt nicht einmal die Hälfte ausgegeben. Die Behörden des Katastrophenschutzes versagten sowohl bei der Prävention als auch bei der Hilfe für die Betroffenen.



## **Zwischenwahlen im November: Erdrutschsieg der Demokraten**

Die Zwischenwahlen in den USA gingen weit über ein reines Votum für Kongress und Gouverneure hinaus. Bei dieser Wahl mussten sich auch Präsident Bush und die Politik seiner Regierung messen lassen. Obwohl das Land politisch gesehen kaum gespaltener sein könnte, ist es den Demokraten gelungen, die Mehrheit in beiden Häusern zu gewinnen. Ihr Wahllogan lautete *A New Direction for America* und sie führten einen themenbezogenen Wahlkampf, in dessen Mittelpunkt der Krieg im Irak stand. Der Krieg war 2006 so unbeliebt wie nie zuvor und das Ansehen des Kongress lag im August 2006 auf einem Tiefstand von 27 Prozent. Während die Republikaner an ihrer Irak-Mission festhielten, sprachen sich die Demokraten – wenn auch nicht mit einheitlicher Stimme – für einen Truppenabzug in mehreren Phasen aus. Die Republikaner propagierten weiterhin, dass Amerika nur sicher sein werde, wenn der Kampf gegen den Terrorismus mit harter Hand geführt würde. Die Demokraten hingegen prangerten dies als Angststrategie an und konzentrierten ihre Argumente auf die verfehlte Irakpolitik der Regierung sowie die Einschränkungen der Bürgerrechte.

Innenpolitisch standen die Republikaner auch wirtschaftspolitisch unter Druck. 70 Prozent der Amerikaner sahen vor den Zwischenwahlen die Wirtschaft der USA im Abwärtstrend und das geringer ausgefallene Wirtschaftswachstum im Zweiten Quartal gab ihnen Recht, da nur noch 2,9 Prozent – im Gegensatz zu 5,6 Prozent im ersten Quartal – erzielt wurden. Die steigenden Gesundheitskosten, Energiekosten und Kosten des Irakkrieges hinterließen bei den Bürgern einen bitteren Beigeschmack.

Im Vergleich zum Wahlkampf 2004 spielte die Diskussion über gesellschaftliche Werte – wie die Zulassung oder Ablehnung von Abtreibung, Homosexuellenehe und Embryonenforschung – eine geringere Rolle. Diese Themen sind dennoch zentral in den USA, da nach Erhebungen des *Pew Center for Religion and Public Life* sechs von zehn Amerikanern der Religion eine sehr bedeutende Rolle in ihrem Leben zumessen sowie vier von zehn angeblich wöchentlich in die Kirche gehen. Jedoch unterstützte die konservative Wählerschaft, also die Evangelikalen und andere religiöse Rechte, die Republikaner nicht wie im Jahr 2004. Eher ließ sich eine gewisse Entfremdung zwischen beiden feststellen, nachdem durchgesickert war, dass der Republikanische Wahlkampfstrategie Karl Rove die *faith based* Gruppen eher instrumentalisiert hatte, als dass diese im Weißen Haus tatsächlich eine gewichtige Stimme hätten. Auch der Sex- und Drogenskandal um Ted Haggard, den Vorsitzenden der evangelikalen Megakirchen, kurz vor der Wahl schadete den Republikanischen Kandidaten. Zuvor war bereits der Republikanische Abgeordnete Foley der Belästigung männlicher Praktikanten überführt worden.

Nach dem Sieg der Demokraten Anfang November hat sich die politische Landschaft in Washington dramatisch verändert. Zum ersten Mal seit 1994 verfügen die Demokraten über eine Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses. Der Senat besteht aus 51 Demokraten und 49 Republikanern, wobei die ohnehin schon marginale Mehrheit durch die plötzliche schwere Erkrankung des Demokratischen Senators Johnson gefährdet ist. Im Repräsentantenhaus sitzen 232 Demokraten neben 201 Republikanern; 28 Bundesstaaten haben Demokratische und 22

Republikanische Gouverneure. Die neuen Demokratischen Amtsinhaber gehören vielfach der politischen Mitte an und stärken damit die Gruppe der *Blue Dogs*.

### **Der neue Kongress: Eine politische Kehrtwende?**

Nancy Pelosi aus San Fransisco wurde als erste Frau zur Sprecherin des Hauses gewählt. Ihre Amtseinführung am 4. Januar 2007 war insofern ein historischer Tag, als in der über 200-jährigen Geschichte der USA noch nie eine Frau ein so hohes Amt innehatte. Sie benannte die neuen und einflussreichen Ausschussvorsitzenden und Steny Hoyer wurde zum Fraktionsvorsitzenden mit großer Mehrheit gewählt – entgegen Pelosis öffentlich gemachter Präferenz für John Murtha, eines entschiedenen Irak-Krieg-Gegners mit ethisch nicht sauberer Weste. Im Senat wurde Harry Reid, Demokrat aus Nevada, von seiner Fraktion zum *majority leader* gewählt. Auch er ist Mitte-Links eingestellt und nach anfänglicher Unterstützung für den Irak-Krieg diesem gegenüber kritischer geworden. Der Vize-Fraktionsvorsitzende im Senat, Richard Durbin, erklärte die Themen alternative Energien und Gesundheitsreform zu seinen Schwerpunkten.

Die neue Mehrheit stellte nach den Zwischenwahlen einen *Sechs Punkte Plan der Demokraten* und eine *100 Stunden Tagesordnung des Kongresses* vor, mit denen sie sich auf die Innenpolitik konzentrieren will. Hierbei stehen eine Ethikreform, die eine transparente Regierungsführung und die Beendigung der in erster Linie Republikanischen Korruptionskultur bewirken soll, die Erhöhung des Mindestlohnes und die Reform der Altersvorsorge im Mittelpunkt, denn eine Privatisierung der Rentenversicherung (*Social Security*) soll es mit den Demokraten nicht geben. Ein Krankenversicherungssystem, das allen zu fairen Preisen zur Verfügung steht, ist in Anbetracht von etwa 47 Millionen Nicht-Versicherten eine weitere riesige Herausforderung auf der Demokratischen Agenda. In Stammzellenforschung und andere medizinische Forschung soll vermehrt investiert werden. Zudem wollen die Demokraten die Sicherheit und die Ökologie stärken, indem sie die Abhängigkeit von Öl durch die Einstellung der Subventionszahlungen an Öl- und Gaskonzerne verringern und stattdessen alternative Energien fördern wollen. Wirtschaftlicher Erfolg und Bildung sollen ferner durch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und die steuerliche Absetzbarkeit von Studiengebühren befördert werden.

Allerdings wird der Versuch, innenpolitische Reformen in den Vordergrund bei den Medien und damit auch bei den Wählern zu stellen, wohl (wieder) dem Irak-Konflikt weichen. Präsident Bush kündigte nämlich in einer Grundsatzrede Mitte Januar eine Truppenaufstockung und weitere Wirtschaftshilfen für den Irak an – entgegen den Empfehlungen der *Iraq Study Group* und vieler weiterer Experten. Die Demokraten könnten dieses durch eine Konditionierung oder Nicht-Bewilligung der notwendigen Mittel zu verhindern suchen. Damit kündigt sich ein Machtpoker zwischen Weißem Haus und Kongress an. Ferner ist zu erwarten, dass die Demokraten sich für eine mehr multilaterale Außenpolitik stark machen werden, welche auch versuchen wird, die Europäer als Partner noch stärker in die Pflicht zu nehmen.

## **Wer wird PräsidentschaftskandidatIn 2008?**

Anfang des Jahres 2008 werden von den Parteikonferenzen in den Bundesstaaten die jeweiligen Kandidaten der beiden Parteien nominiert. Jedoch haben die Spekulationen darüber, wer sich zur Wahl stellen wird und wie viel Chancen sie oder er jeweils haben wird, längst begonnen. Einige haben sogar bereits öffentlich ihre Kandidatur bekannt gegeben, wie beispielsweise der ehemalige Senator und Vizepräsidentschaftskandidat, der Demokrat John Edwards. Die aussichtsreichsten Demokraten scheinen jedoch zurzeit die Senatorin aus New York und ehemalige *First Lady*, Hillary Clinton, und der Junior Senator aus Illinois, Barack Obama, zu sein. Sie wäre die erste Frau, er der erste Afro-Amerikaner im Weißen Haus. Auf der republikanischen Seite machten vor allem der Senior Senator John McCain aus Arizona, ein ehemaliger Pilot und Kriegsgefangener in Vietnam, der George Bush bei der Nominierung in 2004 unterlag, und der ehemalige Bürgermeister New Yorks, Rudolph Guiliani, von sich Reden.

## **Merkel und Bush: eine deutsch-amerikanische Zweckbeziehung**

Nach der deutsch-amerikanischen Eiszeit im Zuge der Irak-Krise trat eine Erwärmung ein, die durch den freundschaftlichen Kontakt von Merkel und Bush und wechselseitigen Besuchen symbolisiert wurde. Allerdings ist Bush wohl auch bewusst, dass er – wie die Wochenzeitung *Die Zeit* schrieb – für Merkel „radioaktiv“ ist, denn das Ansehen Bushs hat schwer gelitten. Bewerteten im Jahr 2002 noch 38 Prozent der Europäer Bushs internationale Politik als positiv, so waren es nur noch 18 Prozent im Jahr 2006, wohingegen 64 Prozent der Europäer im Jahr 2002 – im Vergleich zu nur noch 37 Prozent im Jahr 2006 – eine US Führungsrolle in der Weltpolitik für wünschenswert hielten: Diese Zahlen der *Transatlantic Trends 2006* vom *German Marshall Fund of the United States* zeigen auch eine fast 20-prozentige Diskrepanz zwischen der Person Bushs und dem Ansehen der USA als weltpolitischem Akteur. Mit Sorge wurde in den USA immer wieder der deutsche Anti-Amerikanismus kommentiert, der wohl in erster Linie auf die Ablehnung der zumeist unilateralen und wirtschaftsfreundlichen, wenig umweltfreundlichen Politiken der Bush-Administration abzielt.

Die Deutschen haben in Washington vor allem durch ihr Engagement im Nahen Osten, insbesondere während des Konflikts zwischen Israel und der Hizbollah im Sommer und der Bereitstellung der deutschen Marine im Rahmen von *UNIFIL* vor der libanesischen Küste punkten können. Jedoch hat sich nichts daran geändert, dass sich die Bedeutung Europas für die USA im Vergleich zum Kalten Krieg relativiert hat, denn sowohl Ressourcen als auch neue weltpolitische Akteure wie China und die großen Märkte liegen außerhalb Europas. In vielen Teilaspekten ist die Außenpolitik der zweiten Bush-Administration wieder multilateral geworden, was zum Beispiel bei den – zwar wenig erfolgreichen – Verhandlungen mit Iran deutlich wurde.

Mit einem fünfstündigen Blitzbesuch im Januar 2007 in Washington, der erste ihrer G8- und EU-Präsidentschaft, unterstrich Merkel die Wichtigkeit der transatlantischen Partnerschaft und der Vereinbarkeit von proeuropäischer und proamerikanischer Politik. Neben den weltweiten

Konflikten stand auch das Konzept einer gemeinsamen transatlantischen Freihandelszone (*Trans-Atlantic-Free-Trade-Area - TAFTA*) zur Diskussion. Diese solle – so die Kanzlerin – keine Abschottung gegen Dritte darstellen, sondern ein Instrument sein, um Freihandel weltweit zu fördern. Die *TAFTA* soll nach den Vorstellungen des Europäischen Parlaments bis 2015 realisiert sein, auch wenn der zuständige Kommissar Peter Mandelsohn die Idee als „Abkehr von der multilateralen Welthandelsordnung“ ablehnt. Der mit der *TAFTA* entstehende Markt würde 700 Mio. Konsumenten und 60 Prozent der Weltproduktion umfassen. Auch die Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes kam zur Sprache: Offensichtlich sind der kalifornische Gouverneur Schwarzenegger und der demokratische Ex-Präsidentschaftskandidat Al Gore nicht mehr die einzigen prominenten Vertreter eines stärker werdenden Umweltbewusstseins in den USA. Denn auch der Präsident zeigte sich aufgeschlossen.

### **Soziale Ungleichheit nimmt zu: Reichere Reiche und ärmere Arme**

In den vergangenen 25 Jahren hat die amerikanische Volkswirtschaft ein relativ gesundes Wachstum aufgewiesen: im Schnitt waren es rund drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Allerdings profitierten von diesem Wachstum zum größten Teil die zehn Prozent der wohlhabendsten Familien, darunter wiederum überproportional das reichste Prozent. Auch ein Rückgang der realen Mindestlöhne trug zur Ungleichheit bei: Obwohl die Produktivität von 1980 bis 2005 um über 70 Prozent stieg, lag der reale Wert der Mindestlöhne 2005 um 30 Prozent unter dem von 1980.

Des Weiteren verschärfte die amerikanische Handels- und Einwanderungspolitik die Konkurrenz zwischen weniger gut ausgebildeten Arbeitnehmern in den USA und Arbeitnehmern in der Dritten Welt. Auch erhöhte sich der Druck auf die Einkommen der gering Verdienenden durch den Zuzug illegaler Immigranten. Die wachsende Ungleichheit wurde aber auch durch die Politik der amerikanischen Zentralbank gefördert. Diese, verantwortlich für die Aufrechterhaltung einer hohen Beschäftigungsrate und die Inflationsbekämpfung, konzentrierte sich in den vergangenen 25 Jahren auf letzteres, wodurch Arbeitsplätze in den mittleren und unteren Einkommensgruppen verloren gingen. Der legendäre Alan Greenspan, Vorsitzender der US Zentralbank, beendete 2006 seine fünfte und letzte Amtszeit. Nachfolger Ben Bernanke übernahm das Amt im Februar.

Schließlich trug der fehlende politische Reformwille zur Kostenexplosion im Gesundheitswesen bei. Von 8,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes im Jahre 1980 stiegen die Ausgaben im Gesundheitswesen 2005 auf 15,3 Prozent BIP, trotz der altersmäßig relativ günstigen demographischen Struktur. In den USA gibt es hauptsächlich private Versicherungen, welche als Wirtschaftsunternehmen auf Gewinne und nicht auf Fürsorge ausgerichtet sind. Die staatlichen Systeme *Medicaid* (gemeinsames System vom Staat und den Bundesstaaten für einkommensschwache Familien und Behinderte) und *Medicare* (staatliche Fürsorge für Alte), im Zuge deren Revision die letzte Stufe des Anspruchs auf rezeptpflichtige Arzneimittel im Jahr 2006 in Kraft trat, konnten weiterhin nur wenige Lücken schließen. Die neue Demokratische Mehrheit im Kongress hat sich jedoch fest vorgenommen, die Ungleichverteilung zu bekämpfen, indem sie unter anderem das Gesundheitswesen reformieren und die Mindestlöhne erhöhen will.

## **Asiatische Autohersteller erhalten Vorfahrt vor den Amerikanern**

Massenentlassungen, Standortschließungen, Kürzungen von Sozialleistungen für gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer und horrende Verluste – niederschmetternder könnte die gegenwärtige Lage für die amerikanische Automobilindustrie kaum sein. Die *Großen Drei* (General Motors, Ford und DaimlerChrysler) hatten laut des *Harbour Reports* im Jahr 2006 nur noch einen Marktanteil von 53 Prozent, gegenüber bereits 42 Prozent der asiatischen Hersteller (Toyota, Honda, Nissan, Mitsubishi). Inzwischen haben vor allem die japanischen Hersteller viel in den USA investiert, so dass im Jahr 2006 Toyota Ford vom zweiten Platz der verkauften Modelle hinter General Motors verdrängen konnte. Die Probleme auf dem Automobilmarkt waren größtenteils hausgemacht, da zum einen nach dem Boom der 90er Jahre eine Überproduktion erfolgte. Zum anderen reagierten die Asiaten schneller auf die gestiegenen Ölpreise, indem sie schneller die Nachfrage der Verbraucher nach Benzin sparenden Mittelklassewagen befriedigten und sparsame Hybrid-Modelle entwickelten. Die amerikanischen Hersteller haben sich zulange auf die Produktion von Geländewagen (SUVs) und Vans konzentriert.

## **Gewerkschaften in der Krise**

Die Krise der amerikanischen Automobilindustrie und der Automobilgewerkschaft *United Automobile Workers (UAW)* ist stellvertretend für die Krise der amerikanischen Gewerkschaften insgesamt. Dabei haben die Entwicklungen der globalisierten Wirtschaft und politische Unterstützung der Regierung zugunsten der Arbeitgeber die Krise der amerikanischen Gewerkschaften wesentlich verursacht. Mittlerweile ist der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder in der Privatindustrie von zwanzig Prozent (1980) auf weniger als acht Prozent (2005) gefallen.

Unter anderem der kontinuierlich sinkende gewerkschaftliche Organisationsgrad führte im September 2005 zum Austritt der *Change to Win-Koalition (CTW)* aus der gewerkschaftlichen Dachorganisation *AFL-CIO*. Seitdem gibt es in den USA zwei gewerkschaftliche Zusammenschlüsse mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung. Der *AFL-CIO*, der mit der Spaltung etwa ein Drittel seiner Mitglieder verlor, schraubte seine Rolle bei der Mitgliederwerbung zurück und konzentrierte sich hauptsächlich auf politische Maßnahmen. Sein Einfluss auf die Kongresswahlen im November 2006 war immens: Trotz der Abspaltung konnte *AFL-CIO* 40 Millionen Dollar für die Wählermobilisierung zugunsten der Demokraten bereitstellen, ein Drittel mehr als vor vier Jahren.

Die *CTW*-Gewerkschaften, die insbesondere im Dienstleistungssektor und den neuen Branchen aktiv sind, setzten auf Wachstum durch verstärkte Mitgliederwerbung und einzelne Kampagnen. Besonders die Kritik an der Supermarktkette *Wal-Mart*, mit 1,4 Millionen Angestellten dem größten Arbeitgeber in den USA, wegen geringer Löhne, mangelnder Krankenversicherung und der geringeren Bezahlung von Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen machte erfolgreich Schlagzeilen. Beide Dachverbände diskutierten intensiv eine Neuorientierung und

einen neuen strategischen Ansatz, um sich in der globalen Wirtschaft wieder mehr Gehör, Macht und Einfluss zu verschaffen.

### **Die wirtschaftliche Gesamtwetterlage**

In den letzten zehn Jahren wuchs die US-Wirtschaft durchschnittlich um drei Prozent pro Jahr, die Arbeitslosigkeit lag im selben Zeitraum bei durchschnittlich nur 4,6 Prozent und die Zahl der Beschäftigten stieg um 1,3 Prozentpunkte. Der jüngste Wirtschaftsaufschwung, der im November 2001 begann, scheint allerdings zu einer Abkühlung zu kommen. Ein Indikator dafür ist auch das langsamere Wachstum im 3. Quartal 2006, das mit 2,2 Prozent weit unter dem Wachstum der ersten beiden Quartale lag. Zudem verdecken die Wachstumswahlen auch andere, strukturelle Probleme, die langfristig zu einer Rezession der amerikanischen Wirtschaft führen können. Zu diesen Problemen gehören die Verschuldung, das Haushalts- sowie das US-Handelsbilanzdefizit. Die USA haben mittlerweile einen Schuldenberg von über acht Billionen US-\$ angehäuft. Die Haushaltsüberschüsse der Jahre 1998 bis 2001, die im Jahre 2000 noch über 200 Mrd. US-\$ betragen, haben sich in ein Defizit von 260 Mrd. Dollar im Jahre 2006 umgekehrt.

Die Ursachen für das Haushaltsdefizit sind insbesondere in den gestiegenen Ausgaben für den Kampf gegen den Terrorismus und die Militäreinsätze in Afghanistan und im Irak sowie in den massiven Steuersenkungen zu suchen, die in den Jahren 2001 bis 2003 vom amerikanischen Kongress auf Initiative des Präsidenten beschlossen wurden. Der Irak-Krieg kostete die USA täglich etwa 200 Millionen US-\$ und nach jüngsten Berechnungen haben die Steuersenkungen 258 Mrd. Dollar im Haushaltsjahr 2006 zum Defizit beigetragen.

Angesichts eines Außenhandelsdefizits von 523 Mrd. US-\$ im 3. Quartal 2006 überrascht es nicht, dass die USA in Bereichen wie Stahl, Textilien und landwirtschaftlicher Produkte protektionistische Maßnahmen ergreifen, um die hohen Handelsbilanzdefizite abzubauen. Die gescheiterte Übernahme von 22 US-Häfen durch den Hafenbetreiber *Dubai Ports World* im Frühjahr, eine Mischung aus Protektionismus und Angst vor einer Übernahme durch ein arabisch-islamisches Unternehmen, ist ein weiteres Beispiel. Diese Maßnahmen stehen in scharfem Kontrast zur Freihandelsrhetorik der US-Administration. Darüber können auch die 15 regionalen und bilateralen Freihandelsabkommen nicht hinwegtäuschen, welche die Amerikaner über das *Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA)* hinaus vereinbart haben. Diese Abkommen schaffen ein Geflecht sich oft widersprechender Standards, das nicht nur unattraktive Partnerländer ausschließt, die am meisten vom Freihandel profitieren könnten, sondern auch multilaterale Vereinbarungen im Rahmen der *World Trade Organization (WTO)* behindert.

Einer der Hauptgründe für das Handelsbilanzdefizit ist der weiterhin verhältnismäßig starke Dollar, der durch internationale Geldflüsse auf relativ hohem Niveau gehalten wurde, was es amerikanischen Unternehmen schwer macht, ihre Waren zu exportieren. Während des derzeitigen Konjunkturzyklus finanzierten ausländische Investoren fast 78 Prozent des US-Haushaltsdefizits, die Wirtschaft war also stark von ausländischen Investitionen abhängig.

**Und was sonst noch geschah:**

- ◆ Samuel Alito wurde im Januar zum Richter am Obersten Gerichtshof ernannt. Der von Demokraten als konservativer *hardliner* beschriebene Alito ersetzte die eher moderate Sandra Day O'Connor.
- ◆ Vizepräsident Cheney schoss im Februar einen Freund bei der Wachteljagd an.
- ◆ Das Fußballteam der USA schied in der Vorrunde der Weltmeisterschaft im Juni in Deutschland aus. Klinsmann wurde nicht Trainer der amerikanischen Nationalmannschaft.
- ◆ Das umstrittene Amerikanisch-Indische Nuklearabkommen wurde im November vom Senat verabschiedet.
- ◆ Präsident Gerald Ford, der infolge von *Watergate* Präsident wurde und seinen Vorgänger Nixon begnadigte, starb im Dezember.
- ◆ Nach Ansicht des US-Innenministeriums sollen die Polarbären besonders geschützt werden, was als indirekte Anerkennung des Problems der Klimaerwärmung gewertet werden kann und Hoffnung auf eine Neuausrichtung der Umweltpolitik gibt.